

Baumschulen in Sorge um Arbeitsplätze



In Norddeutschland gibt es die flächenmäßig größten Baumschulen Deutschlands. Viele fürchten im Zuge des geplanten Umweltgesetzbuches um ihre Arbeitsplätze – eine Demonstration ist vom Bund deutscher Baumschulen für Januar im Ammerland geplant. FOTO: BAUMSCHULE LORENZ VON EHREN

Betriebe wehren sich gegen Forderungen des Naturschutzes: Gehölze sollen nur in bestimmten Gebieten angebaut werden dürfen. Experten sprechen bereits von „Pflanzenrassismus“.

Claudia Sewig

Ist es wissenschaftlich sinnvoll – oder blinder Protektionismus? Das in Planung befindliche Umweltgesetzbuch (UGB III), ein Gesetzesvorhaben auf Bundesebene, mit dem das deutsche Umweltrecht reformiert werden soll, sorgt für Unruhe. In ihm soll verankert werden, dass künftig für bestimmte Neuanpflanzungen nur noch Gehölze verwendet werden dürfen, die aus genau dem Gebiet stammen. Besonders die Baumschulen im Norden, die bisher einen Großteil ihrer Ware nach Süddeutschland geliefert haben, sind deshalb besorgt – wie Bernhard von Ehren (36), Geschäftsführer der Baumschule Lorenz von Ehren in Marmstorf, gegenüber dem Abendblatt sagt: „200 Jahre erfolgreiche Praxis des deutschen Baumschulwesens wird infrage gestellt – und damit auch Tausende Arbeitsplätze.“

Das Schlüsselwort, um das es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen Baumschulen und Naturschutz, aber auch zwischen Baumschulen verschiedener Bundesländer dreht, heißt autochthon (gebieteigen, gebietsheimisch). In neun Gebieten, so sieht es der Entwurf für die neue Gesetzgebung vor, soll Deutschland eingeteilt werden. Und für künftige Pflanzungen in der freien Natur (Privatgrundstücke ausgenommen) dürften dann nur noch Gehölze verwendet werden, die aus dem jeweiligen Bereich stammen. Die Eiche einer Baumschule in Schleswig-Holstein dürfte damit nicht mehr nach Frankfurt oder München geliefert werden – außer, sie ist nachweislich aus Saatgut aus diesem Gebiet gezogen worden.



Bernhard von Ehren (36), Geschäftsführer der Baumschule Lorenz von Ehren.

FOTO: ASTRID OTT

„Dieser Nachweis ist aber nicht möglich“, sagt von Ehren. „In Deutschland sind die Pflanzenbestände seit jeher durchmischt, und woher will ich wissen, dass die Pflanze, von der ich in Bayern Samen nehme, nicht ursprünglich aus Niedersachsen dorthin gebracht wurde?“ Zumal Tiere und Wind Samen auf natürlichem Wege über die von den Behörden eingeteilte

„200 Jahre erfolgreiche Praxis des deutschen Baumschulwesens wird infrage gestellt.“

Bernhard von Ehren

Grenzen hinwegtransportierten. „Uns geht es darum, die Genvielfalt zu erhalten“, sagt Frank Klingenstein (40) vom Bundesamt für Naturschutz in Bonn. Das gefährde man, indem man Bäume blindlings durch die Gegend pflanze. „Wir sprechen da auch schon mal von der ‚McDonaldisierung‘ der Floren – dort ist auch alles gleich, von Kiel bis München.“ In alten Karten könne man heute noch sehen, wo Pflanzenbestände lange in einem Gebiet heimisch sind, und diese als Erntebestände ausweisen. Unabhängige Gutachter sollten diese dann zertifizieren. Auf jeden Fall müsse

es eine bundeseinheitliche Regelung geben – „Wenn sich jedes Land ein eigenes System ausdenkt, endet das im Chaos.“

Dieses bahnt sich bereits jetzt an: Während sich in Bayern die „Erzeugergemeinschaft für autochthone Baumschulerzeugnisse in Bayern“ gegründet hat und in Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt unterschiedliche Erlasse vorliegen, wird besonders im Norden mit den flächenmäßig großen Baumschulen gegen Autochthonie angekämpft: „Das ist reiner Protektionismus einiger Bundesländer, echter Pflanzenrassismus“, sagt Jürgen Pfaue (61), Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher Baumschulen (BdB) aus Pinneberg. Er lässt häufig herangezogene Verweise auf das Übereinkommen über biologische Vielfalt („Rio-Abkommen“) nicht gelten: „Eine Differenzierung zwischen inländischen Pflanzen sieht das Rio-Abkommen nicht vor.“ Es sei zu befürchten,

dass, wenn an der neuen Gesetzgebung festgehalten werde, für die deutsche Baumschulwirtschaft wichtige Exportländer aus Wettbewerbsgründen vergleichbare Regelungen in Kraft setzen könnten. „Das würde das Aus des deutschen Exports bedeuten“, so Pfaue. Tobias Dünow (36), Sprecher des Bundesumweltministeriums in Berlin, gibt zu bedenken, dass eine Übergangszeit bis zum Inkrafttreten von zehn Jahren vorgesehen sei: „Bis dahin können sich alle Baumschulen ohne Probleme umstellen.“

Das sieht Bernhard von Ehren nicht so. Er wird deshalb morgen Bundestagsabgeordneten in Berlin seine Argumentation vortragen.

HAMBURGER ABENDBLATT 17. Dez. 2008